

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

4.7.1924 (No. 154)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortl.
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Mendel
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenscheck gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antzettel sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Direktorium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Verteilung und Kontenüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Das Gebäudesondersteuergesetz

Ist nach der am Mittwoch im Landtag vorgenommenen namentlichen Abstimmung glücklich unter Dach und Fach gebracht. Wir werden in den nächsten Tagen aus berufener Feder noch nähere Darlegungen über die Grundgedanken des Gesetzes veröffentlicht, weil dies zur Klärung der schwierigen Gesetzesmaterie zweckdienlich erscheint. Abgesehen hiervon schreibt uns heute ein Mitglied des Landtages:

Im Laufe der letzten Jahre hat das badische Parlament manche komplizierte Gesetze erledigt. Das am Mittwoch mit 48 gegen 20 Stimmen angenommene Gesetz hat allen bisher fertiggestellten Gesetzen die Krone aufgesetzt. Gewiß, es waren nur 15 Paragraphen, aber sie erforderten so viele Beratungen und auch mehrfache Änderungen, daß sich immer wieder Sitzungen des Haushaltsausschusses, Beratungen der Regierung und Besprechungen der Führer der Koalitionsparteien notwendig machten; darüber vergingen mehrere Wochen. Und es stellte sich auch bald heraus, daß die Opposition eine so große war, daß Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie die Träger des Gesetzes sein mußten. Alle anderen Parteien des Landtages: Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Landbund und Kommunisten waren dagegen. Dies ergab auch klipp und klar die entscheidende Abstimmung am Mittwochabend, die bei den vielen vorhandenen Anträgen eine volle Stunde in Anspruch nahm. Wenn sie dennoch gelang und wenn die Koalitionsparteien mit ganz wenigen Ausnahmen geschlossen für das Gesetz stimmten, dann muß dieser gemeinsamen Tätigkeit der genannten Parteien alle Anerkennung gesollt werden. Fast alle anderen Länder hatten ja die Gebäudesondersteuer bereits gesetzestheftig erledigt und zum Teil bereits in Vollzug gesetzt. Konnte sich Baden der Dritten Steuernotverordnung entziehen? Keineswegs! Und deshalb war die Fertigstellung des Gesetzes — vor allem auch im Interesse der badischen Finanzen — eine zwingende Notwendigkeit! Man hört draußen im Volke oft harte Urteile über den heutigen Parlamentarismus und auch manche Zeitungen lehnen diesen oft nicht unberechtigten Klagen ihre Spalten. Was aber in solchen Tagen und Wochen in den parlamentarischen Ausschüssen an gesetzgeberischer Arbeit, an zweckentsprechender Formulierung der Paragraphen, an der Gestaltung des Gesetzes überhaupt bei der scharfen Gegnerschaft der Parteien zueinander geleistet werden muß, sollte im allgemeinen besserem Verständnis begegnen. Die Kritiker würden gewiß in eine schwierige Lage versetzt, wenn sie das anders und natürlich besser machen sollten.

Die für den Staat und die Gesellschaft notwendige Arbeit der Parlamente erfordert einen hohen Grad von Verantwortlichkeitsbewußtsein, denn ohne sie ist ein geordnetes Staatswesen undenkbar. Und der einzelne Staatsbürger würde gar bald erfahren, wie schlimm unter Umständen sich Gesetzlosigkeit und Gehenslassen der Dinge für ihn persönlich auswirken würden. Letzten Endes ruft alles trotzdem wieder nach dem oft verwünschten Staat und seinen Organen, wenn irgendwo behördliches und parlamentarisches Eingreifen notwendig erscheint.

In diesem Sinne muß auch das verabschiedete Gebäudesondersteuergesetz betrachtet werden. Steuerzahlen ist eine mißliche Sache; niemand bezahlt Steuern gern und kann sie oft nur unter den schwierigsten Umständen entrichten. Und wenn in den Parlamenten sich die einzelnen Parteien für die von ihnen vertretenen Berufsständen wehren, so ist das nur verständlich. Aber bis es gelingt, die Ansichten, Meinungen und programmatischen Forderungen von drei Parteien auf eine Gesetzesformel und einen einheitlichen Gesetzestext zu bringen, dazu bedarf es mancher rednerischer Auseinandersetzungen, mancher Abstimmung und manchen gegenseitigen Verzichts und der Darbringung von Opfern für das Allgemeinwohl. Der Staat muß leben, und diesem einfachen, in seinem Kerne und seiner Wirkensmöglichkeit harten, rauhen und fast brutalen Wahrspruch haben sich nun einmal die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen unterzuordnen. Daß dies gelungen ist bei diesem inhaltsschweren Gesetz, ist trotz aller aufgetretenen Gegensätze erfreulich. Das Gebäudesondersteuergesetz wird und muß dazu beitragen, den Staat und seinen Finanzbedarf zu konsolidieren. Und es darf wohl als Vorbereitung dazu betrachtet werden, daß allmählich — speziell nach dem Inkrafttreten des Dawes-Gutachters — auch in Baden bessere Verhältnisse, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, eintreten. Das Gebäudesondersteuergesetz wird steuerlich den Weg hierzu ebnen.

Briefwechsel u. Nachlaß Kiderlen-Wächters

Professor Ernst Jäh, der mit Kiderlen-Wächter befreundet und wie dieser ein Schwabe war, hat die Briefe des verstorbenen Staatssekretärs, und auch zahlreiche an Kiderlen gerichtete, gesammelt, geordnet und jetzt in zwei starken Bänden unter dem Titel „Kiderlen-Wächter, der Mensch und Staatsmann“, bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart erscheinen lassen. Er hat diesen Briefwechsel mit mehreren historisch kritischen Abhandlungen begleitet, in denen er die Persönlichkeit Kiderlen-Wächters schildert, seine politischen Ziele darlegt und ihn als den einzigen deutschen Staatsmann seit Bismarck feiert. Wenn man das so reichlich gespendete Lob mit der Leistung, mit den Erfolgen Kiderlens vergleicht, so wird man es für etwas übertrieben halten dürfen. Jäh erkennt selbst diesen Widerspruch zwischen seiner Auffassung und den tatsächlichen Ergebnissen der Kiderlenschen Tätigkeit, und er sucht das Fehlen wirklicher Resultate damit zu entschuldigen, daß Kiderlen infolge höfischer Intrigen, kleinlicher Machereien und kaiserlicher Abneigung, erst im späteren Alter, mit nicht mehr ganz frischer Kraft, zwei Jahre vor seinem Tode, zur Leitung des auswärtigen Amtes berufen sei. Die Ziele, die Kiderlen-Wächter gerne der deutschen Politik gesteckt hätte, und seine Ansichten über die Situation und die aus ihr zu ziehenden Konsequenzen, waren, in den meisten Fällen unbestreitbar richtig. In der Taktik beging er, wie in der Agadir-Affäre, Fehler, die ebensowenig bestritten werden können. Er hielt vor allem jeder verständige und einsichtige Politiker die Annäherung an England für absolut notwendig. Er hatte, ebenso richtig, nichts übrig für die „Mittelwegentreue“, mit der Wilhelm II. und seine Ratgeber sich in Abhängigkeit von der Wiener Politik begaben, und war für Zurückhaltung und für eine „mürrische Solidarität“. Die Balkankrisen beurteilte er mit Vorbehalt, aber doch eigentlich ohne erlösende, fruchtlose Idee. Wazu weitgehender „Türkephobie“ war er ebenso wie Teilungsplänen abgeneigt. Immerhin zügelte er Wilhelm II., der während der Balkankrisen sehr aufgeregt war, sehr „forsche“ Anweisungen erteilte. Warum aus all den guten und klugen Gedanken Kiderlens wenig Wirklichkeit wurde, kann man, soweit man es schon nicht wußte, aus manchen seiner Briefe erfahren. Man sieht dort die Schwächen der Persönlichkeit, die der übermäßig burschliche Ton nicht gerade immer verdeckt, und man blickt, wie in ziemlich allen Memorienbüchern der wilhelminischen Epoche, auch in ein übles Getriebe von Eifersüchtelien hinein.

Die meisten Briefe sind, wie das Verl. Tageblatt schreibt, an „Petting“ gerichtet, an Hedwig Petting, eine Beamtenochter aus Mecklenburg, die Kiderlen kennen lernte, als sie achtunddreißig Jahre alt war, und die er als Hausdame, als „Hausbesitzungsverwalterin“, mit in die Gesandtschaft nach Bukarest nahm, und die seine intime Vertraute wurde. Es gibt, wie Jäh mitteilt, dreitausend Briefe Kiderlens an seine „Petting“, obgleich die beiden meistens nahe beieinander lebten. Dieser Briefwechsel und diese Beziehungen wurden gegen Kiderlen von seinen Gegnern eifrig ausgenutzt. Kiderlen teilte der Freundin alles Wichtigste, was er erlebte, mit, hat sie um ihren politischen Rat: „Ich bin gewohnt, alles mit meiner Petting zu besprechen“ und: „Was wäre ich ohne Dich?“ Es berührt immerhin ein wenig sonderbar, wenn er ihr am 27. Dezember 1904 in einem Briefe aus Stuttgart sagt:

„Ich sende Dir den ersten, jetzt schon fabrizierten Entwurf zu meinem Neujahrsbrief an den König Carol (von Rumänien). Bitte, sende ihn mir zurück, mit Deinem offenen Urteil: Findest Du ihn zu bombastisch oder nicht eingehend genug? Du kannst auch ruhig hineinrevidieren.“ Sie forciert hinein und er dankt ihr: „Die von Dir „befohlene“ Änderung werde ich vornehmen. Mein kluges Petting hat wieder einmal recht!“ Was würden die Bewunderer der Monarchie sagen, wenn das unter dem demokratischen Regime geschähe?

Alle seine diplomatischen Kollegen und seine Vorgesetzten pflegt Kiderlen nur mit Spitznamen zu nennen. Bülow ist „der Kal“, Bethmann Hollweg „der Regenwurm“ oder auch „der Wuh“ und Bethmann „Marshall „das Wildpferd“, Freiherr v. Schoen „der Knabe Pulcher“ oder „der Lederzipfel“ (weil seine Ähnen im Ledergeschäft tätig waren), Fichtelberg „der Schulmeister“, Geheimrat Lindenau „der Knabe Himmelsblau“ und Wilhelm II. „der Bläuliche“. Das gehört zum Humor. Wenn der Humor sich entladen hat, entladet sich die bittere Kritik. Bülow erhält sehr schlechte Zensuren, Marschall denkt nur daran, sich Melkame zu verschaffen, Schoen ist unmöglich, Bethmann Hollweg ist „Mäglich“ und „immer da, wenn etwas zu verpuffen ist“. So ging es hinter dem schönen Vorhang zu, vor dem das deutsche Volk wieder und bewundernd sah.

Wir wollen mit Erlaubnis des Verlages einige Briefstellen wiedergeben, wobei bemerkt sei, daß die rein politischen Stücke der Korrespondenz, die oft sehr aufschlußreich sind, noch eine besondere Würdigung verdienen. Am 27. Dezember 1900 schreibt Kiderlen aus Stuttgart:

„Seine Majestät hat bei seinem letzten Zusammensein mit dem König Photographien vom Berliner Schloß gezeigt, auch von dem kleinen Garten nach der Spree; er zeigte dann mit dem Finger darauf: „Hier habe ich das Luder (Reichskanzler Fürst Bülow) fortgejagt“ Wundert mich nur daß er dann „das Luder“ zehn Jahre lang behalten hat! Fällt doch auf ihn selbst zurück.“

Cornes (Old England), 3. August 1892. Hier war es ganz häßlich, wenn nur die Leute nicht alle englisch sprächen! Es ist mir ungerne, wie sie sich damit untereinander verständigen können! „Gesteg“ haben wir bisher noch nicht, werden es wohl nicht — läßt mich

aber kalt. Borgestern speisten wir bei der Queen — ehrenvoll aber schlecht, sehr schlecht sogar! — und dazu fror es einem selbstverständlich an die Beine! Das Wertvollste war eine Hofdame mit Vollsart — wenn das Gastan wüßte! Der würde sie gleich engagieren. Morgen speisen wir beim Prinzen von Wales. Ob da wohl „meine Tante, deine Tante“ gespielt wird?

Mürkaat (Sprich Wort) im Gurangerford, 20. Juli 1894. (Auf einer Nordlandsreise des Kaisers.)

Morgens machen wir mit dem Kaiser gesundheitshalber „Freiübungen“. Ein netter Anblick, so zwösf Menschen in verschiedenen Stellungen! Ein ulkiger Anblick: Wenn all die alten Kracher von Militärs gemeinsam die Kniebeuge machen müssen mit verzerrten Gesichtern! Der Kaiser lacht manchmal laut auf und hilft mit Rippenstößen nach. Die alten Knaben tun dann so, als ob diese Auszeichnung ihnen eine besondere Freude machen würde, balen aber die Faust in der Tasche und schimpfen nachher unter sich über den Kaiser wie alte Weiber. Feige, verlogene Gesellen!

Als die Verhandlungen über die Kompensation am Kongo sich in die Länge zogen, wurde Wilhelm II. ungnädig, und Kiderlen bat zweimal Bethmann, sein Entlassungsgesuch zu überreichen, was Bethmann ablehnte. Einige Zeit darauf fuhr Kiderlen zum Kaiser nach Wilhelmshöhe, wo die Balken zerstreut wurden. „Hier ging“, schreibt er, „alles sehr gut. Seine Majestät ließ sich leicht beruhigen, auch Ihre Majestät, welche politische, „kriegerische“ Anwandlungen hatte“. Der damalige Kronprinz machte dem Staatssekretär des Außern viel zu schaffen. Er wollte sich auch staatsmännisch betätigen und schrieb am 3. Oktober 1911, während des italienischen Tripolis-Feldzuges, an Kiderlen:

„Guer Erzellenz, verzeihen Sie dies blödsinnige Papier (auf dem Briefbogen ist, wie der Herausgeber dazu erwähnt, eine Kofotte abgebildet), ich habe aber kein anderes momentan. Also ich verzeihe nicht recht, warum wir in diesem günstigen Augenblick uns nicht offen mit den Türken zusammensetzen. Wir hätten uns ja einen Preis für unsere Freundschaft geben lassen können: Nachzug von Teilen von Kleinasien oder so was. Dann die Italiener ruhig laufen lassen, nutzen tun Sie uns doch nie, und Dankbarkeit gibt es ja in der Geschichte nicht. Aber ich bin vielleicht zu dümm. Ich wäre jedoch sehr dankbar, wenn Sie mir in ein paar Worten mit Blei andeuten könnten, was für Gründe vorliegen, um diese Chancen aufgeben zu lassen.“

Mit bestem Gruß Ihr Wilhelm Kr.“

Die Antwort Kiderlens fehlt in dem Buche aber er hatte für die Ratschläge des Kronprinzen wenig übrig. Professor Jäh hat um die Ansichten und Absichten Kiderlen-Wächters in der wichtigsten Frage, der Frage der deutsch-englischen Verständigung zu zeigen, einen Bericht über einen Besuch bei Kiderlen eingefügt, den der rumänische Minister Late Jonescu in seinen „Erinnerungen“ veröffentlicht hat. Late Jonescu sucht dem deutschen Staatssekretär klarzumachen, daß das deutsch-englische Einvernehmen nur herzustellen sei, wenn Deutschland auf ein Abkommen über die Beschränkung der Flottenrüstungen eingehe. Er sagte:

„Sie steuern gerade in den Krieg mit England hinein. Sie wissen genau, das wäre kein Spaß. Aber zugegeben, Sie werden gewinnen. Wie lange würde das dauern? Sie würden eine Weltkoalition gegen sich aufbringen; selbst die Amerikaner würden sich gegen Sie verbinden, so verhaßt würden Sie werden! Man muß keinen Hirngespinnsten nachjagen, und der Weg, den Sie verfolgen, ist ein Hirngespinnst!“

„Ich habe die Beschränkung, von der Sie sprechen, erreichen wollen, aber ich habe es nicht gekonnt“ — sagte Kiderlen bitter. „Was Sie mir da sagen, habe auch ich alles gesagt vielleicht mit geringerer Berebtsamkeit. Ich habe es Tirpitz gesagt, der in meinem Sessel gesessen hat. Ich sah, wo Sie jetzt sitzen.“

„Und?“ „Es ist mir nicht gelungen, ihn zu überzeugen.“

„Aber der Kaiser?“ „Der hat sich auf Tirpitz Seite gestellt.“ Kiderlen hoffte, die Verständigung mit England schließlich auch ohne Flottenabkommen, durch koloniale Abmachungen, zu erreichen. Er redete sich wenigstens ein, daß er es hoffe. Es war ein aussichtsloses Beginnen, denn in der Bagdatsch wog der Kolonialvertrag, den man ja auch fertigbrachte, nicht schwer. Wie Kiderlen-Wächter über Herrn v. Tirpitz dachte, ergibt sich im übrigen aus folgendem Briefe vom Februar 1912:

„Ich bin ein Gegner von Tirpitz, weil ich fürchte daß seine Politik uns den Krieg mit England bringen wird. Ich halte Tirpitz für den größten den Berlins Pflaster trägt.“

Habe ich Dir die Geschichte aus dem Reichstag schon erzählt? Im Hauptauschuß trägt Tirpitz vor. Ein alter, erfahrener Abgeordneter sieht währenddem starr zur Decke empor. Das fällt schließlich seinem Nachbar auf. Auf dessen Frage erwiderte der Deckengucker: „Ich will sehen, wie die Balken sich biegen!“

Auswanderung aus Polnisch-Oberschlesien. Nach einer Vätermeldung aus Myslowitz nahm die Auswanderung aus Polnisch-Oberschlesien nach Frankreich einen außerordentlich großen Umfang an. In diesen Tagen erhielt die französische Mission in Myslowitz aus Frankreich die Aufforderung 1800 qualifizierte Arbeiter für die Metall- und Stollenindustrie nach Frankreich zu befördern. Am Dienstag ist bereits ein Transport von 800 Arbeitern abgegangen.

Die Londoner Konferenz

Zusammentritt am 16. Juli

Wie Reuters erfährt, wurde für die Alliiertenkonferenz in London der Zeitpunkt endgültig auf den 16. Juli festgesetzt. Es besteht der Plan, daß alle an der Reparation interessierten Staaten Gelegenheit haben sollen, an der Konferenz teilzunehmen. Aber bisher wurde in der Frage der Einladungen noch nichts endgültiges beschlossen. Es wird erwartet, daß einige europäische Länder von ihren diplomatischen Vertretern in London vertreten sein werden.

Der Londoner „Morning Post“ zufolge besteht Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung bei Ausgabe von Einladungen für die bevorstehende Londoner Konferenz sich auf den Standpunkt stellt, daß die Körperschaft beschließen soll, ob Deutschland seine vom Dawes-Plan festgestellten Verpflichtungen erfüllt oder nicht. Der Dawes-Bericht gehe, wie bereits dargelegt wurde, über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinaus. Man sei daher der Ansicht, daß die Reparationskommission, die ihre Autorität aus diesem Vertrag schöpfe, nicht die geeignete Körperschaft sei, um die neue durch Inkraftsetzung des Dawes-Berichts geschaffene Lage zu behandeln.

Nach dem „Echo de Paris“ soll die britische Einladung mit dem Memorandum über die Verhandlungen von Chequers auch der Regierung in Berlin durch den britischen Botschafter in Berlin zugegangen sein.

Früher, englische Verstärkung
Zu dem Inhalt des Londoner Memorandums, das das britische Kabinett den Einladungen zu den Londoner Konferenz beigegeben haben soll — Frankreich ist eine derartige Einladung nicht zugegangen — schreibt der Pariser „Matin“, wobei er den Ausdruck „schwere Antikorellheit“ gebraucht, folgendes: Die Beamten des Foreign Office, die Macdonalds Instruktionen an die Botschafterkonferenz unterzeichnen ließen, die sich auf Aufklärungen bezogen, die den einzuladenden Mächten gegeben werden sollen, haben etwas unternommen, was nicht in Chequers beabsichtigt wurde. Sie haben ihre eigenen Ansichten in bezug auf die Regelung der Reparationen mitgeteilt und diese Vorschläge laufen darauf hinaus, die Superiorität der Reparationskommission zu beseitigen. Niemand hätte die französische Regierung auf etwas derartiges hingewirkt. Wenn die Reparationskommission durch ein neues Komitee ersetzt werde, das in gewissen Fällen durch Organismen des Völkerbundes ersetzt werden solle und wenn dieses Komitee die Prärogative der Reparationskommission erhalten sollte, dann verstoße man gegen den Friedensvertrag und schmälere die Rechte Frankreichs.

Nach dem Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ erklärt man in englischen Kreisen zu der Frage, der man in Paris, wie es scheint, eine größere Bedeutung beilegt: Die britische Regierung sei der Ansicht gewesen, nur die Mächte einzuladen, die nicht in Chequers vertreten waren. Bei der Veröffentlichung handele es sich um einen Bericht über die Unterredung in Chequers mit einem Exposé des Standpunktes des englischen Ministerpräsidenten. Daß die englische Delegation mit der französischen in einer einzelnen Frage nicht übereinstimme, brauche nicht diskutiert zu werden. Es liege z. B. außer allem Zweifel, daß das Argument die Konklusionen der Sachverständigen enthalte, und für Deutschland Verpflichtungen, die über den Versailler Vertrag hinausgehen, niemals in Paris angenommen worden seien. Auch in der Frage der Reparationen und des internationalen Gerichtshofes im Haag, im Falle von Interpretationschwierigkeiten anzurufen, weiche der englische Standpunkt von dem französischen ab. Die Konferenz von London habe die Aufgabe, diese politischen Fragen, über die die Regierungen auf politischem Wege miteinander verhandeln, auszugleichen.

Der Pariser Berichterstatter der Londoner „Times“ schreibt, die öffentliche Meinung Frankreichs sei durch die Mitteilung des „Echo de Paris“ stark beunruhigt. Diese Mitteilung wurde als eine Enttarnung der Absicht angesehen, die Reparationskommission eines ihrer wesentlichsten Rechte zu berauben. Es sehe ganz danach aus, als ob die bittere Presse die Enttarnung werde in dem Augenblick, wo der Streit besonders mißbilligt werden müßte. Keinerlei Anstrengung dürfe gespart werden, der französischen Öffentlichkeit klar zu machen, daß das Interesse Frankreichs in London nicht geopfert werde. Ohne ein klares vorheriges Einverständnis über diesen Punkt würden die Aussichten der Konferenz sehr ernstlich bedroht sein.

Nach dem „Newport Herald“ soll Ministerpräsident Herriot den französischen Botschafter in London beauftragt haben, in der Downing Street erste Vorstellungen zu erheben.

Politische Neuigkeiten

Die deutschen Ministerpräsidenten zum Sachverständigengutachten

Die Konferenz der Reichsregierung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, die am Donnerstag vormittag 10 Uhr in der Reichskanzlei zu Berlin dauerte bis 6 Uhr abends an. Die Beratungen am Nachmittag galten der Diskussion über die in den Vormittagsstunden gehaltenen Referate des Reichskanzlers und der Minister Dr. Stresemann und Dr. Luther. Die Debatte eröffnet der württembergische Staatspräsident Basile, der unter bestimmten Voraussetzungen die Politik der Reichsregierung billigte. Nach ihm nahm der neugewählte bayerische Ministerpräsident Dr. Held das Wort, der sich unter nachdrücklicher Betonung der bayerischen Wünsche hinsichtlich der zur Entscheidung stehenden Probleme gleichfalls zustimmend zu dem Vorgehen der Reichsregierung äußerte. Lediglich der Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Herr von Brandenstein, glaubte die Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Sachverständigengutachten ablehnen zu müssen. In den weiteren Verlauf der Debatte, in der auch Staatssekretär Vogt über den Stand der Arbeiten des Organisationskomitees für die Reichsbahn berichtete, griff der Reichskanzler wiederholt ein, wobei er mit starker Entschiedenheit den Standpunkt der Reichsregierung darlegte und betonte, daß sie nach gewissenhaftester sachlicher Prüfung nur den Weg gehen könne, den sie beschritten habe.

Über den Verlauf der Konferenz, die gegen 6 Uhr beendet war, wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Die Reichsregierung beriet heute in eingehenden Erörterungen mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung des Sachverständigengutachtens. Mit Ausnahme des Vertreters von Mecklenburg-Schwerin erkannten alle Chefs der Länderregierungen trotz schwerwiegender Bedenken gegen manche in dem Gutachten enthaltene Forderungen, erneut das Vorgehen der Reichsregierung, die baldige Durchführung des Sachverständigengutachtens zu erreichen, als richtig an.

Das Ricum-Abkommen wieder gekündigt

Wie aus Essen gemeldet wird, hat die Sechserkommission das kürzlich abgeschlossene Ricumabkommen bereits wieder gekündigt. Geheimrat Dr. Kläcker überreichte dem Präsidenten der Ricum folgendes Schreiben:

Die Besprechung mit der Regierung, die gleich nach Abschluß der Verhandlungen über die Verlängerung der Ricumabträge gepflogen worden sind, haben ergeben, daß die Regierung nicht in der Lage ist, dem Ruhrbergbau für den Monat August die finanzielle Unterstützung zu sichern. Es ist dem Ruhrbergbau ganz unmöglich, die Lasten des Vertrages zu übernehmen. Wir sehen uns daher gezwungen, das Abkommen zum 31. Juli zu kündigen.

Zur Rückkehr der Rhein- und Ruhrflüchtlinge

Für die von Rhein und Ruhr Ausgewiesenen, deren Ausweisung jetzt zu einem großen Teil rückgängig gemacht wird, bildet die Wohnungsfrage im besetzten Gebiet jetzt eine bedeutende Schwierigkeit, da ihre früheren Wohnungen fast durchweg anderweitig belegt sind, meist durch Besatzungstruppen oder deren Angehörige. — Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist die Wohnungsfrage bereits Gegenstand diplomatischer Vorstellungen Deutschlands in Paris gewesen. Auch die erneuten Wohnungsbeschlagnahmungen französischer Militärinstanzen, die in letzter Zeit erfolgt sind, haben ebenfalls schon zu Vorstellungen in Paris geführt. U. a. ist sofort telegraphisch nach Bekanntwerden der Beschlagnahme des Düsseldorf-Regierungsgebäudes und der neuen Wohnungsforderungen der Franzosen in Wiesbaden Anweisung gegeben worden, daß wegen dieser unbegründeten Erschwerungen und „Sanktionen“ seitens der deutschen Botschaft in Paris Protest erhoben wird.

Eine Rundgebung des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Gölle, entbietet den jetzt in ihre Heimat an Rhein und Ruhr Zurückkehrenden namens der Reichsregierung herzliche Grüße und herzlichsten Dank dafür, daß sie dem Vaterlande in schwerer Stunde gedient und genutzt haben und erklärt: Für diejenigen, deren Rückkehr noch nicht ermöglicht ist, wird sich die Reichsregierung warmstens einsetzen, um auch von ihnen die Sorge der Not zu nehmen.

Die Organisation der deutschen Reichsbahn

Über die Verhandlungen des Organisationskomitees für die deutsche Reichsbahn verläutet, wie das WDR, meldet, folgendes: Das Organisationskomitee für die deutsche Reichsbahn hat am Donnerstag die 2. Lesung der Entwurfs für das Reichsbahngesetz und die Gesellschaftsstatuten beendet. Die ausländischen Mitglieder Sir W. Acworth und Herr G. Leverue reisten nach London und Paris zurück. Sie nahmen von dem Fortgang der Arbeiten, die in vollem Einvernehmen im Verlauf von mehr als 30 Sitzungen gefördert wurden, den besten Eindruck mit. Nur der gute Wille und das eifrige Mitwirken aller Mitglieder konnten in der Kürze einen so wichtigen umfangreichen Plan zustande bringen, wie die Organisation der neuen Gesellschaft, die die größte der Welt sein wird. Das Komitee tritt am 10. Juli in London nochmals zu einer letzten Lesung der Entwurfs zusammen und erledigt noch einige Fragen rechtlicher und finanzieller Art, für welche heute die notwendigen Unterlagen noch nicht vorliegen. Es ist anzunehmen, daß die Londoner Besprechung nur wenige Tage dauert, so daß das Komitee gegen den 14. oder 20. Juli der Reparationskommission seinen Bericht und seine Vorschläge unterbreiten kann.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

erklärt einen Aufruf an alle Republikaner, in dem es heißt: Der Kampf um die Staatsform, um die Macht im Staate, wird von der Reaktion mit immer größerem Erfolge geführt. Sie sucht mit bomba ischen Reden und Festen einen Teil unseres Volkes vorzutäuschen, die ehemaligen Kriegsteilnehmer würden eine Auseinandersetzung in einem neuen Kriege mit unseren früheren Gegnern gerne sehen. In Wahrheit handelt es sich für sie nicht allein um die Auseinandersetzung mit den früheren Gegnern, sondern diese Auseinandersetzung dient als Vorwand, um in den Besitz der Macht im Staate zu gelangen. Die Republik gibt jedem Menschen Gelegenheit, seine Meinung zu äußern und für seine Meinung zu werben. Sie darf jedoch nicht zusehen, wie unter dem Deckmantel des Nationalismus das Dasein der Republik immer wieder gefährdet wird.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold will alle wirklichen Kriegsteilnehmer als Freunde der Republik und alle wirklichen Freunde unseres Vaterlandes zusammenfassen mit dem einzigen Ziele, unsere Heimat vor Kriegen, vor blutigen Auseinandersetzungen zu schützen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold will die ruhige, stetige soziale Entwicklung Deutschlands sichern, will die Republik verteidigen gegen alle Angriffe der Reaktionäre und will die Einheit des deutschen Volkes erretten.

Alle Republikaner und Kriegsteilnehmer finden sich im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammen. Ohne ein parteipolitisches Ziel zu haben, sehen sie sich für die Erhaltung der demokratischen Republik und ihrer Verfassung als für die einzig mögliche Grundlage für den sozialen Fortschritt, für die freihheitliche Entwicklung des deutschen Volkes mit der ein. Der Sitz des Bundes ist Magdeburg. Das deutsche Reich ist gegliedert in Gaue mit Gaubörosen und Ortsgruppen.

Zum Reichsausschuß des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gehören u. a.: Graf J. S. v. Bernstorff, M. d. R., v. Demling, General der Infanterie a. D., A. Eckelung, M. d. R., K. Freymuth, Senatspräsident am Kammergericht, R. Grafmann, Vorsitzender des A. O. G. B., M. d. R., Dr. Hänisch, Regierungspräsident, E. Koch (Weser), M. d. R.

Der Prozeß gegen den thüringischen Minister a. D. Herrmann

In Weimar begann am Donnerstag vor dem dortigen Schöffengericht der Prozeß gegen den ehemaligen Innenminister Herrmann und ferner gegen den Regierungsdirektor Kunze, die Kreisdirektoren Renner-Meinungen, Hoerschelmann-Eisenach, Paulian-Roda, Koch-Goltha. Es sind etwa 30 Zeugen geladen, darunter die früheren thüringischen Minister Kröll und Hartmann. Von der Verteidigung ist auch der preussische Innenminister Severing geladen worden.

In der Anklage wird behauptet, daß die Angeklagten Herrmann und Kunze in zahlreichen Fällen gemeinsam vorzüglich falsche und in zahlreichen Fällen gemeinsam vorzüglich falsche Tatsachen festgestellt und Urkunden vernichtet haben in der Absicht, anderen Personen Vermögensverluste zu verschaffen. Der Angeklagte Renner wird beschuldigt, daß er als Beamter in Fällen wie den obenbeschriebenen falsche Tatsachen beurkundet habe, indem er verhehlene Daten änderte. Dasselbe Delikt wird den Kreisdirektoren Hoerschelmann und Paulian zur Last gelegt. Kreisdirektor Koch soll einige Anstellungsvormerke sowie verschiedene Daten geändert haben. Als Beweismittel für diese Anschuldigungen dienen u. a. auch die in Betracht kommenden Personalakten. Die Angeklagten Renner und Genossen haben die ihnen zur Last gelegten Straftaten teilweise zugegeben. Staatsminister a. D. Herrmann bestritt, daß er bei der Verfügung der den Gegenstand des Strafverfahrens bildenden Anstellungen sich von parteipolitischen Rücksichten habe leiten lassen.

Im Graff-Prozeß beantragte, wie aus Stettin gemeldet wird, der Generalstaatsanwalt die drei Angeklagten Rama, Engeler und Schwirrat wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode zu verurteilen, ihnen jedoch die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abzuerkennen.

Kurze Nachrichten

Die neue Militärkontrolle. Wie das Pariser „Petit Journal“ mitteilt, ist im Verlaufe der gestrigen Botschafterkonferenz beschlossen worden, daß die neue Kontrolloperation in Deutschland am 20. Juli beginnen soll. Die Botschafterkonferenz werde keine Verpflichtung hinsichtlich des Zeitpunktes übernehmen, an dem die voraussichtlich letzte Kontrolloperation beendet sein soll.

Ermäßigung der Umsatsteuer. Das Reichsfinanzministerium hat, wie die Blätter melden, eine Ermäßigung der Umsatsteuer in Aussicht genommen. Nach der Vorlage soll aber lediglich eine Herabsetzung von bisher 2½ auf 2 pSt. vorgeesehen sein.

Die preussische Hauszinssteuer. Wie der „Vorwärts“ berichtet, fand eine Besprechung der preussischen Koalitionsparteien statt, um über die Haltung des Zentrums gegenüber der Frage der Erhöhung der Hauszinssteuer zur Deduktion der Beamtenbeholdungserhöhung Klarheit zu schaffen. — Der „Nationalökonom“ korrespondenz zufolge beschäftigen die anderen Koalitionsparteien ihre Stellung zu der Erhöhung von der Haltung des Zentrums abhängig zu machen.

Die Nachwahl zum Reichstage im Wahlkreis 9 Oppeln. Mit Rücksicht auf die Ernennung des Reichsministers des Innern auf den 14. September anberaumt worden.

Die Strafvollstreckung gegen Föhner. Der Geschäftsrundmungsaußschuß des bayerischen Landtags verweigerte die Genehmigung zur Vollstreckung der gegen den Abg. Föhner (bgl. Mod.) vom Münchener Volksgericht wegen Teilnahme an Hitlerputsch ausgesprochenen Strafe. Ein weiterer Antrag des bgl. Mod. des bayerischen Strafverfahrens gegen Föhner für die Dauer der Landtagssitzung aufzuheben, wurde abgelehnt.

Im Hanauer Separatistenprozeß wurde am heutigen Freitag, am 2. Verhandlungstag festgestellt, daß von den 41 geladenen Zeugen wiederum nur neun erschienen sind. — Senatspräsident Wieder verlas ein an den Oberreichsanwalt gerichtetes Telegramm des Niedersächsischen Landrats, in dem es heißt, daß es den Zeugen von französischen Kreisbesetzern verboten wurde, zur Verhandlung zu kommen. Ferner liegt ein Schreiben des Hauptzeugen Jung vor, der das Gleiche mitteilt. Das Gericht beschloß die Vertagung des Prozesses. Ein Antrag, den Angeklagten Warthoff aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt, mit der Begründung, daß Nachforschungen vorliegen.

Wieder ein französisches Kriegesgerichtsurteil. Nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Zeitung“ aus Mainz wurden drei Postbeamte wegen Durchschneidens der Telegraphenverbindung Rheinland-Berlin vom französischen Kriegesgericht zu Freiheitsstrafen von einem Monat bis zu einem Jahre verurteilt, sowie zu Geldstrafen von 200 bis zu 1000 Mark, obwohl die Angeklagten erklärten, daß sie mit der Sache nichts zu tun gehabt hätten. Ein gleichfalls angeklagter Postdirektor wurde freigesprochen.

Regierungskrise in Danzig. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ fand die dortige Regierungskrise ihren vorläufigen Abschluß. Nachdem die Neubildung der parlamentarischen Regierung aus Sozialdemokraten und Mittelparteien gescheitert war, beschloßen die bürgerlichen Parteien, vorläufig die parlamentarischen Senatoren mit der Fortführung der Geschäfte zu betrauen und die Neubildung der Regierung bis zum Abschluß des Untersuchungsverfahrens zu vertagen, welches die in der Opposition stehende Wirtschaftspartei gegen die deutschen Senatoren veranlaßt. Am Vorkrieg wurde ein Vertrauensvotum mit 65 gegen 46 Stimmen angenommen, gegen das Vertrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Polen und die Deutschsozialen.

Badischer Teil

Kommunistische Polizeibetze

Vor einiger Zeit beschäftigte sich die Mannheimer „Arbeiterzeitung“ mit einem Polizeibeamten, der in den Karlsruher Schloßpflanzanlagen eine Anzahl Kinder zur Ordnung verwies. Dasselben waren damit beschäftigt, Papierfetzen in ein Wasserfass zu werfen. Ein Mitarbeiter der „Arbeiterzeitung“ wurde von „Empörung gepackt“, weil die Kinder, als der Schutzmann kam, in wilder Angst davonsprangen. Eine Schande, wenn wegen solcher Lächerlichkeit ein efffähiges Mädchen sogar aufnotiert wurde. So sieht die republikanische Ordnung aus. Gärten Kinder einer reichen Dame Papier fallen lassen, dann würde dieses von dem Hüter des demokratischen Klassenstaates höchlichst aufgehoben worden sein. Ach Herr jel

Der Schutzmann sagt nun zu dem Vorgang, er sei auf die Kinder zugegangen, um sie zu belehren und wegzuweisen. Dasselben seien, als er kam, davongelaufen. Einem der älteren Kinder, welches vorher schon wegen Übertretung in der Anlage belehrt und verwarnet gewesen war, wurde nach dem Namen gefragt. In ganz ungezogener Weise drehte dieses Mädchen dem Schutzmann aber den Rücken zu, weshalb dieser dem Mädchen mit dem Notizbuch auf die Schulter tippte und es aufforderte sich umzudrehen. „Ach heiße Schott“, meinte jetzt die Schülerin. Der Schutzmann sagte dem Mädchen aber auf den Kopf, daß dies nicht der Wahrheit entspreche und erhielt jetzt auch den richtigen Namen genannt. Nummehr trat ein Herr hinzu, der bemerkte, der Schutzmann solle doch das Mädchen laufen lassen; er fing an zu schimpfen und sagte schließlich: „Ein Bekannter von mir ist Landtagsabgeordneter, der wird die Sache schon am richtigen Orte zur Sprache bringen“. Daraufhin hat der Schutzmann den Namen dieses Herrn festgestellt, es scheint dabei aber ein falscher Name angegeben worden zu sein, denn eine Verhörung des Betreffenden vor der Polizeidirektion war, weil derselbe unauffindbar, nicht möglich.

Anstatt mitzuhelfen, daß auch die Jugend öffentliche Anlagen wieder schön, wird gegen die Polizei gebet; anstatt, wenn wirklich einmal ein allzuwildes Einschreiten seitens eines einzelnen Beamten vorkommen sollte, darüber mit der vorgelegten Dienststelle loyal zu sprechen, fällt man seinen eigenen Namen und schimpft auf die Republik. Und alles das deshalb, weil man sich fürchtet, Achtung vor den Gelehen und Respekt vor der staatlichen und gemeindlichen Ordnung zu bekunden.

Badischer Landtag

Anträge

In einem Senatsantrag wird die Regierung ersucht, alle Vorkehrungen zu treffen, die zur Wahrung der Rechte des Landes aus dem Staatsvertrag über die Verreichlichung der bad. Bahnen erforderlich sind. Ferner wird gewünscht, daß den Handels- und Handwerkslehrern zur Fahrt nach ihrer Lehrstelle oder nach der Handels- oder Gewerbeschule, die sie besuchen müssen, die gleichen Fahrpreisermäßigungen gewährt werden, wie sie zum Besuch für Mittelschulen für Schülerkarten bestehen.

Vom Landbund liegt ein Antrag vor, wonach die Gemeindevormögen von der Grund- und Gewerbesteuer befreit sein sollen.

Von der Fraktion der Deutschnationalen ist eine förmliche Anfrage eingegangen in der Aufsicht über die Gründe des Zusammenbruchs des Hagenschuhunternehmens gewünscht wird.

Die Hg. Gaebler (Soz.) und Dr. Glodner (Dem.) haben mit ihren Parteifreunden drei Anträge eingebracht, die sich auf das Gebiet der Volkshochschule beziehen. Der erste Antrag will, daß an allen badischen Volkshochschulen auf einen Lehrer nicht mehr als 55 Schüler entfallen sollen. Der zweite Antrag verlangt, daß die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung der Volkshochschullehrer auf einer höheren Lehrausbildung durch Erlangung der Hochschulreife, und die berufswissenschaftliche Ausbildung durch ein zweijähriges Studium an einer Hochschule erworben wird. In der Volkshochschule sind als pädagogische Seminare in den Räumen der Volkshochschule einzuführen. Der dritte Antrag fordert eine Vermehrung der Hauptlehrstellen durch Umwandlung von 600 Unterrichtsstellen. Ferner soll bis 1929 das Verhältnis der Lehramtsstellen zu den außerplanmäßigen Stellen im Volkshochschulwesen dem Verhältnis in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung angeglichen werden.

Ein Protest des Badischen Eisenbahnerverbandes

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Badischer Eisenbahnerverband) hat an den badischen Landtag ein Gesuch gerichtet, in dem sie scharfen Einspruch erhebt gegen die Überführung von 40 Proz. ständiger Bahnunterhaltungsarbeiter in das unabhängige Verhältnis mit einjähriger Kündigung, und wird von der badischen Regierung verlangt, für die Zurücknahme des Erlasses bei der Reichsregierung einzutreten. Nach dem Staatsvertrag über den Übergang der Bahnen an das Reich hat die badische Regierung das Recht hierzu.

Polizeitechnische Hochschulkurse

Im Hörsaal des chemisch-technischen Instituts der technischen Hochschule Karlsruhe begannen am Mittwoch, den 2. Juli, die von der Freien Vereinigung für Polizeitechnik veranstalteten, im Rahmen des Landespolizeiamtes stattfindenden Hochschulkurse für Polizei- und Gendarmeriebeamte. Zur Eröffnung der Kurse hatte sich neben zahlreichen Polizei- und Gendarmeriebeamten eine Reihe von Vertretern der Ministerien sowie der Polizei- und Justizbehörden eingefunden.

Der Leiter der Hochschule, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs a. D. Dr. Lenz, wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Kurse vom Innen- und Unterrichtsministerium auf Veranlassung der Freien Vereinigung für Polizeitechnik eingerichtet worden seien und der polizeiwissenschaftlichen Fortbildung der Eisenbahnbeamten dienen sollen. Um die steigende Kriminalität zu bekämpfen, müßte die Polizei sich der technisch vollkommensten Mittel bedienen. Dazu sei auch notwendig, da der Polizei- und Gendarmeriebeamte über die hier in Frage kommenden technischen Mittel unterrichtet sei und auf ihre Verwendung hingewiesen werde. Den Karlsruhe Kurien sollen weitere an anderen Orten des Landes folgen. Darauf sprach Prof. Dr. ing. Kögel über „Photographie als polizeiliche Hilfswissenschaft“.

Als weitere Vorträge sind in Aussicht genommen: Professor Dr. Brauer über „Allgemeine Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, Professor Dr. Hausrath über „Fernmelde- und Fernschreibtechnik“, Regierungsrat Rupp über „Ernährungslehre“, Professor Dr. Cronover über „Zweck und Ziele der Nahrungsmittelpolizei“ und Professor Dr. Isenhardt über „Brandstiftung und Sprengstoffdelikte“.

Allgemeine katholische Kirchensteuer für 1924

Vom katholischen Oberkirchenrat wird mitgeteilt: Die Forderungszettel für die allgemeine katholische Kirchensteuer 1924 sind fast überall im Besitz der Steuerpflichtigen. Die Steuer liefert im wesentlichen Mittel für die Befolgung der Geistlichen.

Besach mündert man sich über die Höhe der Steuer gegenüber der Wirklichkeit. Mehrfache Gründe machen sie nötig. Das mindere Einkommen der Katholiken ist fast reißend ein Opfer des deutschen Währungsverfalls geworden. Die Erträge der Pfarrgüter werden jetzt durch viel höhere öffentliche Kosten gestützt als vor dem Krieg. Öffentliche und allgemeine Kapitalanstalten sind verarmt und können nicht mehr leisten. Viele ehemals vermögliche Katholiken sind pleinrentner geworden; für den Verfall ihrer Steuerkraft müssen die anderen eintreten; ihre früheren freiwilligen Gaben an die Kirche werden durch neue Spenden nicht ersetzt.

Einige banstünden die Verwendung der Einkommens- und Grund- und Gewerbesteuerlisten aus dem Jahre 1922. Kirchliche Bedenken bedauert man selbst am meisten, daß neuere Steuerergebnisse nicht benutzt werden können, aber die zuständigen Finanzbehörden haben erklärt, daß für die Aufstellung der Kirchensteuerhebeln neuere Grundlagen nicht zur Verfügung stehen. Der Herr Minister des Kultus und Unterrichts hat daher gemäß Art. 12 L.R.G. unter dem 13. Febr. 1924 (S. 24) die Verwendung der genannten Listen für die Kirchensteuer 1924 vorgeschrieben. Jedenfalls beruht hierauf die Steuererhebung auf völlig gesetzlicher Grundlage und es besteht die Möglichkeit der Zwangsvollstreckung. Manchmal hört man auch die Einwendung von Steuerpflichtigen, sie seien im Vergleich zu anderen oder zu ihrem jetzigen Einkommen zu hoch beizulegen. Bei Benutzung von zeitlich etwas zurückliegenden Steuergrundlagen lassen sich eben gewisse Ungleichheiten nicht vermeiden. Es wurde diesem Umstand durch Rechnung zu tragen versucht, daß mit Rücksicht auf die Verwendung der Papiermarksteuern des Jahres 1922 mit den hohen Papiermarkzahlen der Goldmarkzuschlag der Kirchensteuer sehr niedrig gehalten wurde. Er beträgt auf 1 Papiermark Grund- und Gewerbesteuer nur einen Zehntelgoldpfennig, auf 1 Papiermark Einkommenssteuer nur fünf Hundertsteilgoldpfennig, also nur die Hälfte des vom Kultusministerium angeordneten Höchstbetrags. Eine weitere Ermäßigung war im Hinblick auf die Höhe des Bedarfs nicht möglich. Würde die Kirchensteuer als Zuschlag zu einer zahlenmäßig geringeren

Goldmarksteuer erhoben werden dann müßte eben der Zuschlagssatz viel höher sein.

Wenn in einzelnen Fällen ein Nachschuß begründet erscheint, wird er von den zuständigen Stellen nicht versagt werden. Dabei ist natürlich eine genaue Prüfung jedes Einzelfalles nötig, und die Steuerpflichtigen mögen berücksichtigen, daß die Kirche sich in sehr großer Notlage befindet. Durch Gewährung von 4 Zahlungsraten sollte es dem Staat möglichst erleichtert werden, seinen Beitrag zu dem für die Kirche unvermeidlichen Aufwand zu leisten. Es darf daher auch mit einer freiwilligen pünktlichen Einzahlung der vier Termine gerechnet werden. (Nachdruck erbeten!)

Aus der Landeshauptstadt

Vom Staatstechnikum Karlsruhe

Eine bedeutende Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeit der Studierenden des badischen Staatstechnikums Karlsruhe ist mit Beginn des Sommersemesters durch Aufnahme des Lehrgebietes „Gastechnik und Brennstoffwirtschaft“ in den Studienplan geschaffen worden. Gerade in der heutigen Zeit, in der nur derjenige ein Fortkommen findet, der über sehr gute Vorbildung verfügt, muß es besonders dankbar anerkannt werden, daß die Staatsregierung durch Einführung des genannten Unterrichtes die wirtschaftl. Lage der Absolventen zu verbessern sucht, indem sie ihnen eine weitere Unterkunfts-möglichkeit geschaffen hat.

Diese segensreiche Einrichtung ist daher nicht nur von den Studierenden, sondern auch von den ehemaligen Absolventen des Staatstechnikums sehr begrüßt worden.

Es dürften aber auch die Gaswerke und Kokerien, sowohl als auch die zahlreichen Fabriken, welche für Gaswerks- und Kokeriebau arbeiten, industrielle Unternehmen mit Generatorbetrieben und die generatorbauenden Firmen, die behördlichen und industriellen Wärmestellen und die Fabriken von Einrichtungen für die Gasverwendung im Haushalt wie im Gewerbe und der Industrie es lebhaft begrüßen, auch mittlere technische Beamte erhalten zu können, welche auf dem Gebiete der Gaszeugung und Gasverwendung eine ausreichende Vorbildung erfahren haben.

Nicht zuletzt sei darauf hingewiesen, daß gerade die heutige Brennstofflage Deutschlands in allen technischen Betrieben eine überaus sparsame und sachgemäße Brennstoffverwertung erfordert. Es sind daher gründliche Kenntnisse der Brennstoffe und der Vorgänge und Einrichtungen für ihre wirtschaftlichste Ausnutzung für jeden technischen Beamten in Staats-, Gemeinde- und Privatbetrieb weit mehr als früher von Nutzen.

Der Lehrstoff für das Fach „Gastechnik und Brennstoffwirtschaft“ am Staatstechnikum Karlsruhe ist in den Studienplan für die drei oberen Semester der Abteilungen Maschinenbau und Elektrotechnik eingegliedert. Der Unterricht besteht aus Vorlesungen und Übungen. Letztere werden in dem durch Stipendien geschaffenen, sehr gut ausgestatteten Laboratorium ausgeführt. Für die Weiterausbildung der Studierenden sind Exkursionen, verbunden mit praktischen Übungen, auf dem Gaswerk Karlsruhe, sowie den benachbarten Gaszeugungsanlagen vorgesehen.

Stadt-Konzertsaal. Auf die heute Freitag stattfindende Eröffnung der Operette „Mädi“ sei hiermit nochmals hingewiesen. In der Partie der „Mädi“ wird erstmalig die Langjohrbrette Karin Holm auftreten; die Titelfolle spielt Eithi Steffler, als „Anatol“ gastiert Edgar Wiefendanger; weiter sind noch beschäftigt Fritz Steil, Willy Woll, Walter Straffer und Josef Siebman. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffler. Der 3. Akt von „Mädi“ spielt im Schlafwagen des Nibierexpress. — Morgen Samstag und täglich bleibt ebenfalls „Mädi“ auf dem Spielplan.

Hestiges Fernbeben. Donnerstag vormittag registrierte der Seismograph des geodätischen Instituts der Techn. Hochschule ein heftiges Fernbeben. Die Maxima der Bewegung lagen zwischen 6 Uhr 10 Min. und 6 Uhr 20 Min. Der Herd des Bebens liegt in einer Entfernung von über 6000 Km.

Todesfall. Dieser Tage starb hier Architekt Schweidhardt, eine namentlich in Architektenkreisen bekannte Persönlichkeit.

Die Gefahr der Herbstzeitslosen. In Kupferzell ist ein etwa 4-jähriger Knabe nach dem Genuss von Samen der Herbstzeitslosen nach dreitägigem qualvollen Leiden trotz ärztlicher Hilfe gestorben.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Heidelberg, 3. Juli. Runo Fischers, des großen Heidelberger Philosophen 100. Geburtstag, fällt auf den 23. Juli. Die Stadt Heidelberg wird am genannten Tage ein Gedenkfest an dem früheren Wohnhaus Fischers anbringen lassen.

DZ. Heidelberg, 3. Juli. Die Kettenstahlfabrik auf dem Neckar ruht seit einigen Tagen, da das Personal der Redarschleppschiffahrt im Streik steht.

DZ. Ettlingen, 4. Juli. In der Spinnerei und Weberei Ettlingen legten 16 Arbeiter in der Färbereiabteilung wegen Lohnhöherungen die Arbeit nieder. In der Folge mußte vorgestern die Spinnereiabteilung mit etwa 600 Arbeitern stillgelegt werden. Wenn es nicht gelingen sollte, in allernächster Zeit die Differenzen beizulegen, würde demnächst überhaupt das ganze Werk mit etwa 1800 Mann stillstehen.

DZ. Freiburg, 2. Juli. Die Freiburger Zeitungen veröffentlichen einen Protest des Landesvereins „Badische Heimat“, gegen die von einer bekannten Firma am Zweribach geplante Eröffnung eines Kraftwerkes. Es wird darin gesagt, daß trotz des Fehlens einer Ausführungsgenehmigung durch das zuständige Bezirksamt die Firma bereits auf ihr Risiko mit den Erdarbeiten hat beginnen lassen. Ein tiefer Graben sei bereits gezogen, um die Zuleitung des Wassers zum Stauweiser herzustellen und das ganze Gebiet in der Nähe des Plattenhofes sei verunreinigt. In dem Protest werden die Heimat- und Naturfreunde aufgefordert, für den Schutz und die Erhaltung dieser einzigartigen Naturschönheit, wie sie die Zweribachfälle darstellen, einzutreten, und diese Naturschönheit für die allgemeine Volkserholung zu retten, umso mehr, als ja nach Eröffnung der großen Kraftwerke Badens und der Schweiz all die geplanten kleinen Kraftwerke, zu denen auch das projektierte Zweribachkraftwerk gehören würde, doch unrentabel und dem Verfall ausgesetzt würden.

Konstanz, 2. Juli. Vom 13. bad. Kreisturnen. Als Festplatz für das Kreisturnen dient eine große Wiesenfläche von 165 Ar, die vom Turnverein 1862 für mehrere Jahre gepachtet ist und im Herbst als dauernder Spielplatz hergerichtet werden soll. Der Platz liegt nördlich der Jägerkaserne gegen die Wollmattinger Straße. Auch der geräumige Kasernehof wurde von der Reichswehr zur Verfügung gestellt. Er wird vornehmlich für das Vereinsturnen und für die Freiübungen benutzt werden. Bestlich der Kaserne wird durch die Firma Strömeyer & Co. das große Festzelt aufgebaut, das für etwa 4000 Besucher Raum bietet. Es soll vor allem bei ungünstiger Witterung die Durchführung des turnerischen Programms sichern; aber auch Gelegenheit bieten zur Verköstigung der Turner und Gäste und zur Abhaltung der Festveranstaltungen an den Abenden. Als Festspiel ist die „Mittell-Ebene“ aus Wil. Helm Tell vorgesehen, deren Inszenierung der bekannte Dichter Wilh. v. Scholz übernommen hat, dessen 50. Geburtstag in diesem Monat in Konstanz festlich begangen wird.

DZ. Strassburg, 3. Juli. Vom Schweizerverkehr. Nach Mitteilungen von behördlicher Stelle ist vom 1. Juli ab die Mitnahme von 50 Silberfranken pro Monat über die Grenze gestattet.

Handel und Wirtschaft

Wirtschaftliche Umschau

In seiner Karlsruhe Rede hat es Reichsaussenminister Stresemann als notwendig bezeichnet, daß das Reich nach Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, unbedingt daran gehen müsse, seinen inneren Reparationsverpflichtungen nachzukommen, wobei er den Verwüstungen in Frankreich die Verwüstungen gegenüberstelle, die im deutschen Volk durch die Proletarisierung der weitesten und wertvollsten Schichten hervorgerufen wurden.

Praktisch wird es sich darum handeln müssen, wieder Vertrauen zum Staat herzustellen, je eher, desto besser. Das Volk hat im Krieg für die Kriegsanleihe seine Ersparnisse hingegeben, nachdem ihm gesagt worden war, es gebe keine besser verzinsliche und keine sicherere Geldanlage. Heute hat es dafür nahezu wertloses Papier, und daran ändern auch die letzten „Kurssteigerungen“ nichts. Vor dem Kriege gab es „mündelsichere“ Anlagen, für die der Staat sozusagen die Garantie übernahm. Im Vertrauen auf Recht und Gesetz, im Vertrauen auf den Staat, gab man Ersparnisse, kapitalisierte Arbeit auf Hypothek, trug es auf die Sparkassen, Banken, um zu erleben, daß der berühmte „große Strich“ darunter kam, der jedes Rechtsempfinden auf das tiefste verlegen muß, zumal die Reichsverfassung ausdrücklich Sicherheit des Eigentums verbürgt. Der Staat, die Organisation der Gesamtheit aller Bürger, die heute wie einst Privatwirtschaft treiben, von der der Staat getragen wird, verwirft das Vertrauen für immer, das er gerade heute so notwendig brauchen könnte und auch künftighin immer brauchen wird, wenn er sich nicht zu Reformen entschließt, die er mit allen und seinen letzten Kräften betreiben muß und die nur in der Richtung gehen können, daß das Eigentum wiederhergestellt und gesichert werde. Dies wird einer der wichtigsten Schlüsselpunkte zur Währungsreform und zur allgemeinen Gesundung sein müssen.

Es handelt sich darum, gutzumachen, was wieder gut zu machen geht. Dies wird sicher nur ein Bruchteil dessen sein, was in vieljähriger Inflationswirtschaft vernichtet wurde. Zur Neubehandlung der Aufwertungsfrage hat der Reichstag nun einen Sonderausschuß eingesetzt und damit die unbedingt notwendige Revision der dritten Steuernotverordnung eingeleitet. Die Enteignung wertvollster Schichten des deutschen Volkes, die Proletarisierung der deutschen Bildungsschicht, die Verarmung der Sparrer, der Alten, der Witwen, Waisen, Rentner

durch einfaches Dekret auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist nicht aufrecht zu erhalten, weder aus moralischen Gründen, noch aus Gründen praktischer Staats- und Wirtschaftspolitik.

Die ungeheure Schwierigkeit und Kompliziertheit der Aufwertungsfrage wird gleich klar, wenn man sich z. B. vergegenwärtigt, daß gerade die Aufwertung der Reichs- und Staatsanleihen die größten Schwierigkeiten bietet. Für den Zinsen- und Tilgungsdienst müßte zu den bestehenden und kommenden Steuerlasten neue Deckung geschaffen werden. Leichter wird es mit den kommunalen Anleihen gehen, soweit dies Geld in werbenden Anlagen angelegt ist. Noch eher wird, wenigstens unter gewissen Voraussetzungen, die freilich erst geschaffen werden müssen, vielfach, wenn auch bei weitem nicht immer, eine einigermaßen billige Regelung der privaten Schuldverpflichtungen möglich sein. Allgemein ist zu sagen, daß dort, wo der Schuldner dazu imstande ist, er auch zur Aufwertung herangezogen werden muß, selbst bei bereits gelösten Hypotheken. Namentlich dort, wo große Anlagen in Sachwerten gemacht wurden, ist dies gewiß möglich.

Beim städtischen Wohnhausgrundbesitz hängt die Aufwertungsfrage mit der Regelung der Wohnungsfrage zusammen. Mietertage haben in Entschliefungen dem städtischen Wohnhausbesitz das Recht auf Rente abgesprochen. Hierzu muß doch gesagt werden, daß man sich dabei auf einem völlig falschem Wege befindet. Mit dem Begriff der Rente ist der Begriff des Eigentums unlöslich verbunden. Solange man dem Besitzer den Ertrag seines Eigentums nimmt, nimmt man ihm auch praktisch das Eigentum selbst. Der städtische Wohnhausbesitz (worunter wir nicht die Spekulantenteile meinen) hat gar wohl ein Recht auf Rente, und wenn man ihm dieses Recht verweigert, wird man ihm billigerweise auch nicht die Pflicht zur Aufwertung der Hypotheken auferlegen können. Vorerst ist es freilich so, daß zwar die Mieten gesteigert werden, daß jedoch durch die neuen Steuern, die der Staat erklärt, unbedingt haben zu müssen und die eine Folge der 3. Steuernotverordnung sind, voraussichtlich eine Rente, damit eine Aufwertung des Grundbesitzes und dadurch auch eine Aufwertung der darauf ruhenden Schulden verhindert wird. Bei der Aufwertungsfrage greift so eines ins andere. Auch der städtische Grundbesitz ist

größtenteils kapitalisierte Arbeit, Sparkapital. Man sagt zwar, daß der Hausbesitzer noch besser daran sei, als der andere Sparer, der Geldwerte zur Anlage benützt habe, aber was nützt ihm ein ertragloser Sachwert, den ihm vor allem deshalb auch kein Mensch abkauft! Wirtschaftlich hat die Wohnungszwangswirtschaft und die Rentenlosigkeit des städtischen Hausbesitzes die Folge, daß die immer unerträglicher werdende Kapitalnot sich noch mehr steigert, daß die Wohnungsbautätigkeit weiter stockt, die Arbeitslosigkeit nicht behoben wird. Hier wie überall wird man zuletzt zu dem Schluß kommen, daß der Staat weiterhin die Pflicht hat, die Privatwirtschaft zu stärken, nicht zu schwächen, daß er pfeiflich mit den privaten Werten umgehen muß, gerade um den größtmöglichen Ertrag aus ihnen für seine Zwecke herauszuholen zu können, und daß es nicht möglich ist, zu einer Gesundung der Staatsfinanzen ohne eine Gesundung der Wirtschaft zu gelangen.

Der Reichsfinanzminister hat einem ausländischen Journalisten gegenüber die Finanzlage des Reichs geschildert und dabei Tatsachen mitgeteilt, die zeigen, daß es sich dabei nicht um eine bloße Geste gegenüber dem Ausland in der Frage der Reparationszahlungen handelt. Darnach beträgt der ganze Betriebsmittelfonds des Reichs bei einem Jahresumsatz von 8 Milliarden zurzeit nur 60 Millionen. Das Reich lebt also weiter von der Hand in den Mund. Der Fehlbetrag des Reichshaushaltsplans 1924 beträgt 470 Millionen Mark, für den einfach keine Deckung da ist, da weder neue Steuern aus der ausgepumpten deutschen Wirtschaft herauszuholen sind, noch langfristige Anleihen bisher in Aussicht stehen. Dabei haben die neuabgeschlossenen Ricumverträge nur ganz kleine Erleichterungen gebracht und die entscheidende Frage, die Finanzierung der Lieferungen völlig außer acht gelassen. Das Reich wird, wie der Reichsfinanzminister erklärte, um der Welt zu zeigen, daß es zu den äußersten Anstrengungen bereit ist, auch im Juli der Industrie die Beihilfe, die Hälfte der Ricumlasten, bezahlen, ohne daß die Frage der Deckung übrigens bisher gelöst ist. Eine Weiterzahlung für August ist jedoch unmöglich, da das Reich am 1. Oktober bereits einen Fehlbetrag von 140 Millionen haben wird. Demgemäß ist auch bereits die, in den neuen Verträgen übrigens zugestandene, Kündigung zum 31. Juli erfolgt. Es wird sich darum handeln müssen, überhaupt mit dem System der Ricumverträge Schluss zu machen, was am einfachsten wäre, wenn bald eine allgemeine Regelung der Reparationsfrage käme.

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	4. Juli		3. Juli	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam	1 570 000	1 585 000 ¹⁰⁰	1 575 100	1 582 900 ¹⁰⁰
Kopenhagen	682 300	685 700 ¹⁰⁰	686 300	689 200 ¹⁰⁰
Italien	179 600	180 300 ¹⁰⁰	180 500	181 500 ¹⁰⁰
London	18 125 000	18 215 000 ¹⁰⁰	18 135 000	18 182 250 ¹⁰⁰
Newyork	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰
Paris	213 500	214 500 ¹⁰⁰	216 500	217 500 ¹⁰⁰
Schweiz	745 600	749 400 ¹⁰⁰	744 100	744 900 ¹⁰⁰
Wrag	123 500	124 100 ¹⁰⁰	122 700	123 300 ¹⁰⁰
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 ¹⁰⁰	59 100	59 300 ¹⁰⁰

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent



Wie beschaffe ich mir heute
Betriebskapital
Feingoldhypotheken
Auslandskredit
gegen mäßigen Zins?

Sachgemäße Anleitung und Wegweiser aus der heutigen Kreditnot für jeden Industriellen, Kaufmann, Landwirt, Hausbesitzer und Gewerbetreibenden. Auf Grund praktischer Erfahrungen und bester Auslandsbeziehungen bearbeitet. Unentbehrlicher Ratgeber und Helfer für jeden Kreditsuchenden.

Sorgfältig gesichtetes Adressenmaterial in- und ausländischer Geldgeber.

Preis M. 2.50, Nachnahme M. 2.80 vom

Verlag für aktuelle Wirtschaftsliteratur H. Schaefer
Malente-Gremsmühlen (Holstein), Paulstraße.



Die Einrichtung und Reinhaltung der Bierpressionen.

Wir bringen die vom Herrn Landeskommissar für vollziehbar erklärte bezirkspolizeiliche Vorschrift über die Abänderung der bezirkspolizeilichen Vorschrift obigen Betreffs vom 17. Juli 1905 zur öffentlichen Kenntnis.

Die bezirkspolizeiliche Vorschrift für den Landbezirk Karlsruhe vom 17. Juni 1905 in der Fassung vom 16. November 1922 über die Einrichtung und Reinhaltung der Bierpressionen wird in ihrer Schlussbestimmung mit Wirkung vom 1. Juni 1924 abgeändert wie folgt:

Gebührensatz für die Sachverständigen:

In Gebühren sind zu entrichten:

- a) für die periodisch vorzunehmende Revision pro Pression (§ 15) . . . 1.— Goldmark
 - b) für die Vornahme einer außerordentlichen oder amtlichen Anordnung erfolgenden Revision (§ 1, § 15) . . . 3.— Goldmark
- folwie Auslagen für Fahrkarten IV. Klasse und 10 Pfennig pro Kilometer der zu Fuß zurückgelegten Strecke.
- Karlsruhe, den 27. Mai 1924. D. 3. 77
- Bezirksamt Abt. II a.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 1. Juli d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 96 sh 6 d, bezm. für ein Gramm Feingold 86,8447 pence.

Beim Postfachamt in Karlsruhe waren Ende Juni 1924 39 037 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postfachrechnungen sind in diesem Monat gebucht worden: 125 782 000 RM. Guthabens, darunter 342 872 Einzahlungen mit Zahlfacten über 35 273 000 RM. und 400 422 Überweisungen über 90 508 000 RM. Die Lastschriften betragen 125 309 000 RM., darunter befanden sich 7646 Kassenschecks über 3 990 000 RM., 885 im Reichsbankgiro- und Abrechnungswege beglichene Auszahlungen über 5 398 000 RM., 128 573 Zahlungsanweisungen über 19 413 000 RM. und 434 834 Überweisungen über 96 506 000 RM. Der Gesamtumsatz im Monat Juni 1924 betrug hiernach 251 091 000 RM., davon wurden bargeldlos abgewickelt 192 412 000 RM. oder 76,63 v. H. Das Gesamtgut haben der Kontoinhaber des Postfachamts machte am Monatschluss 15 1/2 Millionen RM. aus.

Badische Bank Mannheim. In ihrem Geschäftsbericht für 1923 beklagt die Badische Bank, daß sie auf Grund der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften gezwungen war, die ständige Entwertung der ausgegebenen Gelder zu erdulden, und daß sie daher einen wesentlichen Verlust an eigenem Vermögen haben muß. Das Notenausgaberecht erfährt verschiedene Erhöhungen und betrug im November schließlich 10 631 Mill. M. gegen 210 Mill. Ende Dezember 1922, das steuerfreie Notenausgaberecht 8900 M. gegen 130 Mill. Da die Erhöhungen des Notenausgaberechts mit dem Tempo der Markentwertung nicht Schritt hielten, sei es nicht möglich gewesen, der badischen Wirtschaft die dringend nötigen Kredite zur Verfügung zu stellen. Von der Deutschen Rentenbank erhielt die Badische Bank als Anteil am Rentenmarkkredit für die Notenbanken in Höhe von M. 1200 Mill. den Betrag von 9 Mill. Rentenmark, wodurch immerhin eine gewisse Erleichterung der allgemeinen Kreditnot in Baden eingetreten sei. Der Geschäftsgang in der Effektenabteilung sei lebhaft gewesen. Das Institut war an der Ausgabe der Hypothekendarlehen, Kassenanleihen als Konforte beteiligt. Die Kapitalerhöhung um M. 14,4 mit 24,90 Mill., darunter M. 0,90 Mill. B.-M. ist durchgeführt, aus dem Agio flossen M. 303,57 Mill. in die Reserve.

Die Einnahmen (Bill., Vorjahr Mill. M.) betragen an Zinsen aus diskontierten Wechseln 194 991,67 (35,03), aus Guthaben, Depotgebühren und sonstigen Erträgen 524 739,05 (80,08), der Ertrag aus eigenen Wertpapieren 27 161,86 (1,31). Andererseits erforderten Zinsen im Scheidverehr 392 501,63 (34,91), Inkosten 92 382,43 (39,70) und die Banknotenherstellung 1744,60 (16,84). Der Reingewinn beträgt 230 686,84 (21,97) und soll zur Winderung von Kapitalverlusten verwendet werden (i. B. 44 Proz.). Die Bilanz verzeichnet neben M. 340 (36,82) Mill. Reserven einschl. M. 34 Mill. Metallreserven (Mill. Vorjahr Mill. M.) 7 247 575,85 (5215,63) Guthaben der Giro- und Kontokorrentgläubiger und 6 000 000 M. (—) Darlehen der Deutschen Rentenbank gegen 30 178,81 (91,25) Kasse, 4 700 152,05 (1178,87) Wechsel, 844 373,02 (6,61) Lombardforderungen, 174 023,37 (1,19) Effekten, 8 225 687,73 (1546,59) Kontokorrentguthaben. — Die G.-R. (14. Juli) sieht neben den Regularien Aufsichtsratswahlen vor.

Konkurse in Baden. Kaufmann Walter Rüdiger in Baden, Richtental, Konkursverwalter: Rechtsanwalt Schaefer, Baden-Baden, Anmeldefrist: 1. September, Prüfungstermin: 17. Sept. — Firma Heiber-Schuler, G.m.b.H. in Kehl, Konkursverwalter: Bücherrevisor Zeitlinger, Anmeldefrist: 24. Juli, Prüfungstermin: 21. August.

Zur deutschen Wirtschaftslage. Während im November vorigen Jahres der Tiefstand der Konjunktur mit 8 Fällen bezeichnet wurde, haben die Konkurse im Monat Juli laut „Frankf. Ztg.“ ungefähr 500 Fälle erreicht, womit der Monatsdurchschnitt der Vorkriegszeit mit 7-800 Konkursen nahezu erreicht sein dürfte, wenn man die Gebietsverluste und auch die Konkurse des Saargebietes in Betracht zieht. Hiernach kommen noch die zahlreichen Fälle der Geschäftsaufsicht. Im Monat Juni haben etwa 600 Firmen davon Gebrauch gemacht. Die Fälle von Geschäftsaufsicht sind am meisten festgestellt.

worden im Warenhandel, sowie in der Textil- und Maschinenindustrie, während die Lebensmittelindustrie wenig von diesem Mittel Gebrauch gemacht hat.

Kommunale Rundschau

Der Voranschlag der Stadt Freiburg i. Br. für das Rechnungsjahr 1924/25 schließt in Einnahme und Ausgabe mit einer Gesamtsumme von 3 173 000 G.M. ab. Man hat sich bemüht die Zuschüsse der Stadt möglichst niedrig zu halten und im übrigen zu versuchen, die technischen Einrichtungen usw. sich selbst erhalten zu lassen. Einzelne dieser Betriebe sollen sogar Zuschüsse an die Stadt abliefern. So rechnet man beim Elektrizitätswerk mit einem Überschuss von rund 153 000 G.M., während der Zuschuß für die Straßenbahn diesmal nur 120 000 M. betragen soll. Beim Gastwerk hofft man, ohne Zuschuß durchzukommen, desgleichen soll sich das städtische Miesgut Mündenhof selbst erhalten. Einen sehr erheblichen Zuschuß erfordert allerdings der Voranschlag für die Tiefbauarbeiten mit annähernd 600 000 M. Von den höheren Schulen erfordert das Realgymnasium und die Oberrealschule einen Zuschuß von ungefähr 108 000 M., die Volksschule einen solchen von ungefähr 497 000 M. Den höchsten Zuschuß mit etwa über 1 Million M. sieht die Fürsorgeklasse vor, aus der die Zahlungen für Rentenempfänger, Kleinrentner usw. bestritten werden sollen. Allerdings wird ein Teil dieser Zuschüsse durch Staatszahlungen wieder gedeckt. Aus den Wabungen erhofft man einen Überschuß von ungefähr 150 000 M. Die Gemeindesteuer vom Grund- und Betriebsvermögen von 1924 soll mit 50 Pfg. von je 100 M. Steuerwert des Grundvermögens und mit 75 Pfg. vom Betriebsvermögen festgesetzt werden. Man erhofft daraus eine Einnahme von 2 217 500 G.M. Die dann noch nicht gedeckte Summe von 628 000 G.M. soll durch die Gebäude- und Grundsteuer aufgebracht werden. Erwähnt werden mag noch, daß auch das Stadttheater für die kommende Spielzeit noch einen städtischen Zuschuß gebauert, der mit 216 000 M. beziffert worden ist. Was den Abbau von städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern betrifft, so war der Stand dieser städtischen Angestellten am 1. April 1923 im ganzen 1 546, während er am 1. April 1924 1 317 betrug. Im ganzen sind bisher 145 Beamte und Angestellte und 136 Arbeiter aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden. Weitere Austritte sind bereits erfolgt. Durch die wiederholten Gehalts- und Lohnerhöhungen ist der zunächst vorgesehene Betrag von 560 000 M. schon zu 1/2 am 1. April in Anspruch genommen worden. Das restliche Fünftel mit 112 000 M. reicht für die auf 1. Juni eingetretene weitere Erhöhung auch nicht annähernd aus.

Bücheranzeige

Studien zur Dramaturgie Eduard von Bauernfelds. Heft 33 „Theatergeschichtliche Forschungen“, herausgegeben von Verhold Hilmann. 1922, Leipzig, Verlag von Leopold Kosch. Wilhelm Zentner hat mit seinen Studien zur Dramaturgie Eduard von Bauernfelds einen willkommenen Beitrag zur Erforschung des neueren Lustspiels geliefert. Wer sich über die Entwicklung des deutschen Dramas im 19. Jahrhundert orientieren will, sei nachdrücklich auf diese wertvolle Arbeit hingewiesen; es ist erfreulich, daß das badische Unterrichtsministerium durch finanzielle Unterstützung ihre Drucklegung ermöglichte. Eingehend unterrichtet Zentner über Stoffe, Probleme, Motive und Charaktere in den Studien Bauernfelds und zeigt in einer überaus geschickten Analyse ihres Handlungsaufbaus, welche Mittel der Technik Bauernfeld angewandt hat. Bei dem unbestrittenen, noch heute wirksamen Erfolge der Unterhaltungsstücke Bauernfelds ist diese Untersuchung der Technik nicht nur dem Historiker interessant, sondern sie mag auch den praktischen Bühnenschriftsteller wertvolle Hinweise und Handgriffe lehren. Zentner hat mit dieser flüssig und anregend geschriebenen Arbeit ebensoviel ausgebreitete historische Kenntnis, wie tiefdringendes dramaturgisches Verständnis bewiesen. Es wäre zu wünschen, daß er diese gut geschulte Begabung auch weiterhin der literar- und theaterwissenschaftlichen Forschung widmete. Karl Holl.

Mignon
SCHOKOLADE
PRALINEN
KAKAO
Qualitäts- Erzeugnisse
David Söhne A.-G. halle 9/5

Vertreter: Alfons Aigeldinger, Karlsruhe
Marianstraße 60. Fernruf 2569. D.361

Elegantè Welt
Deutschlands tonangebende Zeitschrift für vornehme Lebenskunst, für Mode, Kunst, Theater, Film, Sport, Schönheit und Lebensfreude.
Alle 14 Tage ein 50 bis 80 Seiten starkes Heft mit ausgewählten Meisterwerken moderner Film- u. Photokunst sowie hochinteressanten Berichten aus der Gesellschaft. Jedes Heft mit einem prachtvollen farb. Kunstblatt als Titelbild.
Abonnements bei allen Buchhandlungen!
Verlag: Dr. Eysler & Co. A.-G.
in Berlin SW 68.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Detektiv Institut
- u. Privat-
Rusunkunft
"Mannheim"
"Argus"
O. 6. 6.
Planen 3.47
Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie
Herausgeg. und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Romberg
Bd. I: Lehre vom Geld, I.
Bd. II: Der Arbeitslohn
Bd. III: Von der Grundrente
Bd. IV: Wert u. Preis, I.
Bd. V: Wert u. Preis, II.
Bd. VI: Bevölkerungstheorie
Bd. VII: Wirtschaftskrisen
Bd. VIII: Kapitalzins und Unternehmerrisiko
Bd. IX: Freihandel und Schutzzoll
Bd. X: Lehre vom Geld, II.
Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.
Bd. XIII: Grundzüge der Besteuerung
Bd. XIV: Sozialpolitik
Bd. XV: Kapital u. Kapitalismus
Bd. XVI: Staatsschuldensproblem
Verlag G. Braun, Karlsruhe
Karlsruherstr. 14.
Gerichtsschreiberi Bad. Amtsgerichts A. 3.